

Das Maß ist mehr als voll!



Den Ausbau von Tegel mit allen zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mitteln stoppen!

Eigentlich hätten wir dem Aufsichtsrat der Flughafenholding - mit Ausnahme des Vorsitzenden Diepgen - mehr Augenmaß zugetraut.

Bereits im Mai 1999 hatten wir die Geschäftsführung vor dem weiteren Ausbau des Flughafens gewarnt und unsere Ablehnung mit einem Gutachten unseres Rechtsanwaltes untermauert.

Im Januar dieses Jahres haben wir alle Mitglieder des Aufsichtsrates der Flughafenholding mit diesem Gutachten versorgt und vor dem Ausbaubeschluss gewarnt. Auch Verkehrs- und Bausenator Strieder als Chef der Aufsichtsbehörde über den Flughafen wurde von uns gebeten, sich ablehnend zum Ausbauprojekt zu äußern. Im März haben wir an Aufsichtsrat und Strieder ein Konzept zur Verteilung des Flugverkehrs auf die Flughäfen Schönefeld, Tegel und Tempelhof bis zur Fertigstellung von Schönefeld geschickt. Antworten darauf erhielten wir weder vom Aufsichtsrat noch von Strieder.

Stattdessen hat man sich den Ausbau von Tegel beschlossen. Dies ist dann der dritte Versuch in 10 Jahren und wir sind überzeugt, dass auch dieser Versuch - wie die beiden vorhergehenden - scheitern wird, wenn Sie uns weiterhin finanziell unterstützen.

Ein Antrag unseres Rechtsanwaltes auf Beteiligung am Baugenehmigungsverfahren liegt bereits beim Baustadtrat des Bezirkes Reinickendorf. Gegen die Erteilung der Baugenehmigung werden wir Widerspruch einlegen, weil aus unserer Sicht für eine derart umfangreiche Ausbaumaßnahme in Tegel ein zeitaufwendiges Planfeststellungsverfahren notwendig ist. Mit dem geplanten Baubeginn im August dieses Jahres müssen wir beim Oberverwaltungsgericht einen sofortigen Baustopp einklagen, bis im Hauptsacheverfahren (langwierige Planfeststellung mit Berücksichtigung unserer Interessen statt einfaches Baugenehmigungsverfahren) entschieden ist. Gibt das Gericht uns Recht, dann haben wir auch diesen Ausbau verhindert, denn ein Planfeststellungsverfahren für den Flughafen Tegel fürchten die Betreiber wegen der Länge und des ungewissen Ausgangs.

Wie schon bei unserem letzten Gerichtsverfahren, müssen wir unsere Klägerin für den Fall einer - auch teilweisen - Niederlage finanziell absichern.

Die Kosten des einstweiligen Rechtsschutzverfahrens schätzt unser Rechtsanwalt auf ca. 14.000 DM.

Zwar verfügen wir - wie Sie der Jahresabrechnung entnehmen können - noch über finanzielle Rücklagen, unser Ziel muss dennoch sein, mit diesem Rundbrief ca. 10.000 DM einzusammeln (aufgrund unseres letzten Rundbriefes wurden ca. 6.000 DM gespendet)

Wir hoffen deshalb auch diesmal auf Ihre großzügige finanzielle Unterstützung.

Der politische Widerstand gegen den Ausbaubeschluss dürfte gegen den klebrigen Sumpf der großen Koalition erheblich schwieriger werden.

Wir werden dennoch bei der SPD und den Oppositionsparteien für unser Konzept der Verkehrsverteilung statt des Flughafenausbaues in Tegel werben.

Darin kommen wir zu folgenden Ergebnissen:

- Die geplante Erhöhung der Abfertigungskapazitäten in Tegel um 2 Millionen Passagiere pro Jahr kann das Problem nicht lösen.
- Damit bleibt nur die verbindliche Verteilung des Flugverkehrs bis 2007 auf die drei Flughafenteilbereiche Schönefeld, Tegel und Tempelhof.
- Wie das Beispiel Mailand zeigt, ist die rechtliche Umsetzung einer solchen Verkehrsverteilung möglich und hat sich in der Praxis bereits bewährt.
- Die Fluggesellschaften müssen innerhalb einer Übergangsfrist von maximal zwei Jahren 60 Prozent ihrer Flüge von Tegel nach Schönefeld und Tempelhof verlagern. Anbieter mit wenigen Flügen erhalten die Garantie für 18 wöchentliche Flugpaare ab Tegel oder Tempelhof.
- Unter Berücksichtigung der Anzahl der betroffenen Anwohner und der Lärmentwicklung einzelner Flugzeugtypen kommt die BI zu dem Ergebnis, dass in Tempelhof nur Flüge mit Maschinen bis zu maximal 100 Sitzplätzen abgewickelt werden können, in Tegel bis zu maximal 180 Sitzplätzen, in Schönefeld ohne Begrenzung.
- Daraus ergeben sich folgende zumutbare Passagierkapazitäten: In Tegel können aus der Sicht der BI maximal 8 Millionen Passagiere pro Jahr abgewickelt werden, das entspricht einem Anteil am Gesamtflugverkehr von jeweils 44 Prozent. In Schönefeld können pro Jahr 7 Millionen Passagiere abgefertigt werden, das entspricht einem Anteil von 39 Prozent. Tempelhof muss drei Millionen Passagiere aufnehmen, das entspricht 17 Prozent.
- Mit dieser Gesamtkapazität von 18 Millionen Passagieren pro Jahr kann der Flugverkehr bei angenommenen Steigerungsraten von fünf Prozent pro Jahr bis zum Jahr 2008 ohne weitere Ausbaumaßnahmen abgewickelt werden.

Das vollständige Konzept schicken wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.

Weiterhin wird zu überlegen sein, ob wir uns mit Petitionen an die Petitionsausschüsse des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses wenden.

Mehr Schutz vor Lärm von Flugzeugen

Bürgerinitiative begrüßt
neue Regelung Trittlins

Die geplante Verschärfung des Fluglärmsgesetzes durch Bundesumweltminister Jürgen Trittlin (Grüne) hat ein lebhaftes Echo ausgelöst.

Der Sprecher der Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz in Berlin, Johannes Hauenstein, begrüßte die Pläne. Hauenstein erklärte, die Zahl der Anwohner im Umkreis des Flughafens Tegel, die Anspruch auf den Einbau von Lärmschutzfenstern haben, könne sich dadurch möglicherweise verdoppeln. Zurzeit leben rund 80 000 Anwohner in Tegel hinter Schallschutzfenstern. Nach den Plänen Trittlins sollen die Lärmgrenzwerte in der Schutzzone eins von derzeit 75 Dezibel auf 65 Dezibel und in der Schutzzone zwei von jetzt 67 Dezibel auf 60 Dezibel reduziert werden.

Die Kosten für den Lärmschutz in Schutzzone eins und zwei muss die Flughafengesellschaft tragen. Die Berlin-Brandenburg Flughafen-Holding (BBF) wollte sich zu Trittlins Plänen noch nicht äußern.

Luftliniens-Sprecher Wolfgang Weber sagte: „Uns betrifft es nicht, weil unsere Flugzeuge die Grenzwerte nicht überschreiten. Wir haben keine Lärmschleudern.“ Höhere Gebühren der Flughafengesellschaft lehnt Weber ab. „Wir haben die höchsten Gebühren weltweit. Schallschutzfenster müssten da mit drin sein.“ Air-Berlin-Sprecher Peter Hauptvogel sagte: „Wir sind für alles, was dem Lärmschutz dient. Wir haben bereits die leisesten Flugzeuge, die es überhaupt gibt.“ Petra Reetz, Sprecherin von Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) sagte, die Lärmschutzbestimmungen in Berlin seien schon immer schärfer als im übrigen Bundesgebiet gewesen. Es könne deshalb voraussichtlich nur in Einzelfällen zu Korrekturen bei den Schutzzonen kommen. (ulp.)

Handelskammer fordert Ausbau des Flughafens Tegel

Bürgerinitiative gegen das
Luftkreuz droht mit Klage

Die Wirtschaft fordert einen weiteren Ausbau des Flughafens Tegel. Bei einer monatlichen Steigerungsrate von zehn Prozent im Passagierverkehr drohe Tegel aus allen Nähten zu platzen, betonte die Industrie- und Handelskammer (IHK) am Donnerstag. Dagegen hat die Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz (BI) erneut vor einem Ausbau von Tegel gewarnt und für den Fall der Erteilung einer Baugenehmigung durch das Bezirksamt Reinickendorf mit Klage gedroht.

Die vorgesehenen Kapazitätsausschöpfenden Maßnahmen für Tegel reichen laut IHK bis zur Inbetriebnahme des geplanten Großflughafens Berlin Brandenburg International (BBI) „bei weitem nicht aus“. Tegel brauche nicht nur mehr Abfertigungskapazitäten, sondern auch Erleichterungen für den Umsteigeverkehr. Die sich jetzt bietenden Chancen für den Ausbau des Luftverkehrs müssten genutzt werden, um in Tegel „schon jetzt möglichst viele internationale Verbindungen zu etablieren.“

Die Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz forderte statt dessen, Energien und Gelder in ein „intelligentes Konzept“ zur Verteilung des Flugverkehrs in der Hauptstadt sowie in den Ausbau des Flughafens Schönefeld zu investieren. In einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) warnte die Bürgerinitiative vor langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen mit ungewissem Ausgang. dpa

Der Tagesspiegel 7. April 2000

ANZEIGE

Regierungsflughafen Tegel unbezahlbar!
Deshalb: Vollständige Stilllegung im Jahr 2007!
BI gegen das Luftkreuz, Info-Telefon 4 13 83 07

Berliner Zeitung 23. Feb. 2000

eine von acht Anzeigen, die von der BI im Tagesspiegel geschaltet wurde

Klagen gegen Ausbau von Tegel angekündigt

Nur Baugenehmigung für Erweiterung

Der geplante Ausbau des Flughafens Tegel steht auf wackligen Beinen. Anwohner wollen dagegen vor Gericht ziehen. Die von der Flughafengesellschaft als „Kapazitätserschöpfung“ bezeichnete Erweiterung der Abfertigungskapazitäten durch das Aufstocken des Gebäudes am Parkplatz P2 neben dem vorhandenen Abfertigungsgebäude soll über eine Hochbaugenehmigung erfolgen. Ein aufwendigeres Planfeststellungsverfahren ist nach Ansicht der Senatsbauverwaltung nicht erforderlich.

Gegen eine Baugenehmigung werde man Widerspruch beim Bezirksamt Reinickendorf einlegen, kündigte gestern Karsten Sommer an, der mehrere Anwohner anwaltlich vertritt. Zudem werde man bei der Luftverkehrsbehörde beantragen, die Arbeiten zu stoppen. Entscheiden müsste dann das Verwaltungsgericht in einem Eilverfahren. Der Widerspruch hätte keine aufschiebende Bauwirkung. Bei einem Erfolg würde damit jedoch die Inbetriebnahme verhindert.

Die Flughafengesellschaft beruft sich auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das in einem Gebäudeausbau für den Flughafen Dresden keine Kapazitätserweiterung sah. Allerdings sei die Anlage in Dresden unbeschränkt genehmigt, argumentiert Sommer. Für Tegel sei dagegen die Genehmigung gerichtlich auf den Zustand von 1990 beschränkt.

Um 2,1 Millionen Passagiere mehr abfertigen zu können, will die Flughafengesellschaft das Parkdeck P2 aufstocken und dort weitere Schalter mit einem zentralen Check-In schaffen. 24,2 Millionen Mark sind dafür zunächst vorgesehen. Die Arbeiten sollen im August beginnen. **kt**

Der Tagesspiegel 12. April 2000

Wirtschaft mahnt Zwischenausbau Tegels an

Die Berliner Wirtschaft mahnt einen schnellen Zwischenausbau des Flughafens Tegel an. Bei monatlichen Steigerungsraten von zehn Prozent im Passagierverkehr reichen die bisher vorgesehenen Schritte zur Kapazitätsausweitung nicht aus, erklärte die Industrie- und Handelskammer gestern. Dringend verbessert werden müsse auch die Straßenanbindung. Bis zur Inbetriebnahme des Großflughafens Schönefeld im Jahr 2007 müsse Tempelhof ebenso offen gehalten werden. Die „Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz“ forderte, statt dem Ausbau Tegels sei ein intelligentes Konzept zur Verteilung des Flugverkehrs notwendig. **dpa**

Offener Brief an Eberhard Diepgen

mbu Reinickendorf – Die „Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz“ wandte sich mit einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU). Vor der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates der Berlin Brandenburg Flughafenholding (BBF) appelliert sie an Diepgen, der den Vorsitz im Aufsichtsrat hat, eine „intelligente Verteilung des Flugverkehrs“ bis 2007 zu erreichen. Statt bis dahin die Abfertigungskapazitäten zu erhöhen, will die Bürgerinitiative 60 Prozent der Flüge nach Tempelhof und Schönefeld verlagern. Die BBF dagegen möchte weitere Gebäude in Tegel errichten.

Berliner Morgenpost 7. April 2000

Crossair die Landeerlaubnis entziehen!

Nach dem Absturz einer Maschine der Schweizer Fluggesellschaft Crossair in Zürich hat die Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz auf Stadtflughäfen ein Landverbot für die Fluggesellschaft in Tegel und Tempelhof gefordert. Mehr als 70 Prozent der schweren Flugzeugunglücke ereigneten sich kurz nach dem Start oder kurz vor der Landung. Im Gebiet um den Flughafen Tegel lebten knapp 400 000, um Tempelhof 460 000 Anrainer. dpa

Berliner Morgenpost 12. Jan. 2000

50 Dachschäden in 9 Jahren durch landende Flugzeuge sind genug! Deshalb: Kapazitätsbeschränkungen sofort! BI gegen das Luftkreuz. Info-Telefon: 413 83 07

ANZEIGE

Keine Nachtruhe durch Fluglärmterror! Deshalb: Schließungsantrag für Tegel noch in 1999 • BI gegen das Luftkreuz. Info-Telefon 413 83 07

Zwei BI-Anzeigen im Tagesspiegel

Airport Tegel wird ab August ausgebaut

Aufsichtsrat beschließt Kapazitätserweiterung

VON ERWALD B. SCHULTE

BERLIN, 7. April. Die Kapazitäten

Nach den Plannungen soll das zurzeit im Parkhaus P2 untergebrachte Mietwagenzentrum ausgebaut und dieser Teil des Geländes in Leichtbauweise überbaut werden. Zusätzliche Fluggastbrücken werden nicht errichtet. Vielmehr sollen die Passagiere von hier aus mit Bussen zu den Flugzeugen gebracht werden. Nach Darstellung des BBE-Vorstands würden die Ausbaukosten bereits in zwei Jahren wieder eingespielt. Gerade unter Berücksichtigung der Schneefelder Großflughafen-Planungen sei die Kapazitätserweiterung in Tegel sinnvoll und notwendig. Nur wenn den Luftverkehrsgesellschaften schon jetzt eine Wachstumsperspektive in Berlin eröffnet würde, sei davon auszugehen, dass die Unternehmen ihre eigene Investitionsplanung ausrichten auf die für 2007 vorgesehene Inbetriebnahme des Single-Alpha-Ausbaus.

Im Vorfeld der Aufsichtsratsitzung hatte die Berliner Industrie- und Handelskammer noch einmal nachdrücklich für den Tegel-Ausbau geworben. Dagegen kündigte die Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz erbitterten Widerstand an, da die jetzt beschlossene Erweiterung des Hauptstadt-Airports durch die derzeit geltende Kapazitätsbegrenzung nicht gedeckt sei.

Schneefeld: Erneut hohe Verluste

Teilausschnitt Berl. Zeitung 8. Apr. 2000

im April 2000

Bürgerinnen und Bürger gegen das Luftkreuz

Berenhorststr. 5
13403 Berlin
Tel.: 413 83 07
Funk-Tel: 0172/ 32 64 283
Fax: 413 84 78

Konto:

lagers/martens BI gegen das
Luftkreuz
Berliner Sparkasse
Kto.: 207 000 8005
BLZ: 100 50000